Stadt Oberasbach

Niederschrift über die

öffentliche

Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses

Sitzungsnummer:	**HVA/034/2025**
Sitzungsdatum:	Montag, 17.11.2025
Beginn öffentlicher Teil:	19:04 Uhr
Ende öffentlicher Teil	19:58 Uhr
Ort, Raum:	Sitzungssaal im Rathaus

Zur Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses sind anwesend:

Name:	***Bemerkungen:***
Erste Bürgermeisterin	
Huber, Birgit	
HVA-Mitglieder	
Fleischmann, Andreas	
Gerstner, Markus	
Kißlinger, Felix	
Laaß, Holger	
Peter, Thomas	
Schikora, Norbert, M.A.	
Schmidt, Sabine	
Schwarz-Boeck, Jürgen, Dr.	
Werner, Johann	
Stellvertreter	
Bauer, Doris	- VERTRETUNG SCHRAMM STEPHAN -
Schriftführer/in	
Herrmann, Irina	
Schramm, Julia	
von der Verwaltung	
Träger, Markus	

abwesend sind:

HVA-Mitglieder
Schramm, Stephan

Die Beschlussfähigkeit nach Art. 47 Abs. 2 GO ist gegeben.

TAGESORDNUNG:

I. Öffentlicher Teil

1 . Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung Nr. 033 vom 21.07.2025

2 . Öffnung des Mitteilungsblattes „Infos für alle" für (Sozial-)Verbände, Vereine und kirchliche Gruppen

3 . Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen

3.1 . Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen - Beschlussvorschlag der Verwaltung -

3.2 . Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen - Beschlussvorschlag im Sinne des Antragsstellers -

4 . Mitteilungen

4.1 . Vereinsmitgliedschaften der Stadt Oberasbach

5 . Anfragen

5.1 . Anfrage Herr Laaß

5.2 . Anfrage Herr Fleischmann

5.3 . Anfrage Herr Schikora

5.4 . Anfrage Herr Peter

I. Öffentlicher Teil

Frau Erste Bürgermeisterin Huber eröffnet um 19:04 Uhr die Sitzung des Hauptverwaltungsausschusses Oberasbach.

Sie stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß und termingerecht geladen wurde.
Entschuldigt fehlt Herr Schramm, die entsprechende Vertreterin ist anwesend. Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Die Vorsitzende gibt die Tagesordnung bekannt und lässt über diese, nachdem keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche vorliegen, abstimmen.

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 11 dagegen: 00 anwesend: 11

Der Hauptverwaltungsausschuss stimmt der vorliegenden Tagesordnung zu.

TO-Punkt 1:

Genehmigung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung Nr. 033 vom 21.07.2025

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 11 dagegen: 00 anwesend: 11 beteiligt: 0

Beschluss:
Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung Nr. 033 des Hauptverwaltungsausschusses vom 21.07.2025 wird genehmigt.

TO-Punkt 2: **GL/0095/2025**

Öffnung des Mitteilungsblattes „Infos für alle" für (Sozial-)Verbände, Vereine und kirchliche Gruppen

Vereine, Verbände und kirchliche Gruppen sollen Termine und Veranstaltungen in dem Heft „Infos für alle" veröffentlichen können. Bisher war dies teilweise möglich; der Antrag des VdK wird als Grundlage genommen.

Kernpunkte der Diskussion:
- Grundsätzlich soll an der bisherigen Struktur festgehalten werden (Beibehaltung der 16 Seitenbegrenzung).
- Eine Vergrößerung des Hefts oder eine gewerbliche Nutzung (Einbindung von Werbung durch Vereine/Verlage) würde Mehrkosten verursachen und ggf. zur Auslagerung an Verlage führen.
- Es wird betont, dass kein Rechtsanspruch der Vereine auf Aufnahme ihrer Termine bestehen soll; die Redaktion soll flexibel entscheiden, ob Termine aufgenommen werden.
- Vorschlag, ggf. eine kostenneutrale oder geringkosten Lösung zu finden, z. B. eine Standardseite nur für Vereinsinformationen ohne Anzeigen
- Diskussion über rechtliche/kommunale Folgekosten und mögliche Auswirkungen auf den Charakter des Amtsblatts (kein Konkurrenzprodukt zu privaten Blättern; Wettbewerbsverbot beachten).
- Diskussion über Kosten und Zusammenarbeit mit- Verlag/Anzeigenakquise; Prüfung rechtlicher Rahmenbedingungen (u. a. Roßtaler Modell als Referenz)

Nach der Diskussion wird der Beschlussvorschlag zur Abstimmung gestellt. Es wird festgehalten, dass die Zustimmung zur Öffnung der Infos für alle zur Eintragung eigener Termine/Veranstaltungen festgehalten wird, es allerdings keine festen Rechtsansprüche zugunsten der Vereine gibt; weitere Details und mögliche Erweiterungen werden in der nächsten Amtsperiode geprüft.

Beschluss: einstimmig beschlossen
dafür: 11 dagegen: 0 anwesend: 11 beteiligt: 0

Beschluss:
Hiesigen Vereinen und Verbänden sowie kirchlichen Gruppen, wird die Möglichkeit eröffnet, in den „Infos für alle" auf eigene Veranstaltungen und/oder Termine hinzuweisen.

TO-Punkt 3: GL/0096/2025

Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen

Ausgangslage:
Gemeinsamer Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und Freien Wählern zur Aktualisierung des Katalogs städtischer Leistungen für Parteien und politische Gruppierungen. Konkret: Aufnahme des Treffpunktes „Alte Post in die Liste und Festlegung entsprechender Gebühren.

Zentrale Punkte der Diskussion:
- Treffpunkt Alte Post: Wunsch, diese neue Räumlichkeit in den Gebührenkatalog aufzunehmen und Gebühren vergleichbar mit bestehenden Gebühren (analog zu anderen Räumen) festzulegen.
- Altenberg Grundschule: Vorschlag, die Aula nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen (politische Nutzung aus Sicherheits- bzw. imagerelevanten Gründen abzulehnen).
- Allgemeine Rahmenbedingungen: Rückfragen, welche Räume aktuell noch für Veranstaltungen von politischen Parteien genutzt werden dürfen (u. a. Alte Post offen, anderen Räumen wurden Nutzung ausgeschlossen bzw. angepasst). Klärung, dass bestimmte Hallen (Turnhallen) bereits außen vor sind bzw. durch andere Satzungen geregelt wurden.
- Verwaltungsvorschlag: Keine Nutzung städtischer Gebäude bzw. Einrichtungen für politische Veranstaltungen

Da die Diskussion zu keinem Ergebnis führt, werden beide Beschlussvorschläge einzeln zur Abstimmung gestellt.

Ergebnis:
Treffpunkt Alte Post bleibt für Parteien geöffnet; Aula Altenberg und weitere priorisierte Räume werden nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Gebühren für Spülmobil/Toilettencontainer etc. gelten analog dem bestehenden Kostenkatalog für Vereine (für alle Nutzungsarten gleich).

siehe Unterbeschlüsse

TO-Punkt 3.1:

Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen
- Beschlussvorschlag der Verwaltung -

Beschluss: mehrheitlich abgelehnt
dafür: 2 dagegen: 9 anwesend: 11 beteiligt: 0

Beschluss:
Die Nutzung städtischer Gebäude und Einrichtungen wird Parteien in Zukunft nicht gestattet.

Gebühren für Spülmobil/Toilettencontainer etc. gelten analog dem bestehenden Kostenkatalog für Vereine (für alle Nutzungsarten gleich).

TO-Punkt 3.2:

Gebühren für Leistungen der Stadt für Parteien und politische Gruppierungen
- Beschlussvorschlag im Sinne des Antragsstellers -

Beschluss: mehrheitlich beschlossen
dafür: 8 dagegen: 3 anwesend: 11 beteiligt: 0

Beschluss:
Der Treffpunkt „Alte Post" bleibt für Parteien geöffnet; die Aula der Altenberger Grundschule und weitere priorisierte Räume werden nicht mehr für politische Veranstaltungen zur Verfügung stehen.

Gebühren für Spülmobil/Toilettencontainer etc. gelten analog dem bestehenden Kostenkatalog für Vereine (für alle Nutzungsarten gleich).

TO-Punkt 4:

Mitteilungen

TO-Punkt 4.1: GL/0097/2025

Vereinsmitgliedschaften der Stadt Oberasbach

Die Vorsitzende verweist auf die Mitteilung mit der Drucksachennummer GL/0097/2025.

Die Verwaltung hat die Möglichkeit zur Finanzierung von Mitgliedsbeiträgen durch Spenden geprüft. Die Prüfung hat ergeben, dass das rechtlich nicht möglich ist.
Die Rechtslage ergibt sich aus der Bekanntmachung des Bayerischen Innenministeriums vom 2. August 2000; dort steht explizit, dass Mitgliedsbeiträge im Durchlaufspendenverfahren nicht geleistet werden dürfen.

Das Fazit der Diskussion lautet: Die Stadt darf Spenden entgegennehmen, um bestimmte Zwecke zu fördern, aber sie darf keine Mitgliedsbeiträge aus Spenden finanzieren. Die Bürgerstiftung bietet eine etablierte, praktikable Lösung zweckgebundene Spenden abzuwickeln, wie z.B. u.a. Spenden für die Büchereiförderung.

TO-Punkt 5:

Anfragen

TO-Punkt 5.1:

Anfrage Herr Laaß

Verkehrsanliegen in Bibertalstraße/Zirndorfer Straße/Bruckwiesenstraße:

Das Verkehrsschild „Verbot der Einfahrt (Zeichen 267)" ist ungünstig platziert und für Paket- bzw. sonstige Lieferdienste nicht gut sichtbar.

Anfrage nach Prüfung, ggf. Umplatzierung des Schilds auf die gegenüberliegende Straßenseite, um das Problem künftig zu vermeiden.

TO-Punkt 5.2:

Anfrage Herr Fleischmann

Information zur Spenden- / Zuschusspolitik:

Wie werden Vereine und Gruppen über die gestrichenen Zuschüsse und/oder vollzogenen Austritte informiert, bzw. wie wurde bisher kommuniziert?

Er möchte sicherstellen, dass die Wertschätzung der Vereine sichtbar vermittelt wird und erklärt wird weshalb diese Entscheidungen gefällt werden. Die Wertschätzung sollte dabei seiner Meinung nach klar kommuniziert werden und die Bürgerversammlung dabei als Brücke genutzt werden.

Die Vorsitzende nimmt den Hinweis gerne so auf.

TO-Punkt 5.3:

Anfrage Herr Schikora

Herr Schikora stellt eine Anfrage zum Thema Jugendhaus:

Gerüchten zu Folge wurde das Jugendhaus geschlossen. Er erkundigt sich ob dies den der Wahrheit entspricht.

Die Verwaltung teilt mit dass das Jugendhaus selbstverständlich weiterhin betrieben wird.

TO-Punkt 5.4:

Anfrage Herr Peter

Fahrradschnellweg:
Gibt es bereits eine Stellungnahme des staatlichen Bauamts/Landkreises zur Finanzierung?

Er hat da etwas gelesen, dass an den Landkreis gegangen sei. In dieser Information wird erwähnt, dass Zuschüsse seitens der Staatsregierung gestrichen wurden, es zahlt nur noch der Bund, der Radschnellweg aber dennoch weitergebaut wird.

Er bittet darum zu prüfen, ob weitergebaut wird und welche Baulastübernahme seitens der Stadt erforderlich ist.

Die Verwaltung sichert zu, evtl. vorliegende Informationen vorzulegen bzw. weiterzuleiten.

Sitzungsende: 19:58 Uhr

Birgit Huber
Erste Bürgermeisterin

Irina Herrmann
Schriftführer/in